

Mannhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Zusteller
Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post
Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit einer vierseitigen
Illustrierten Sonntagsbeilage



Verlag und Druck:
Günz & Cule, Mannhof.
Redaktion:
Robert Günz, Mannhof.

Ankündigungen:
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pf. die fünfspaltige Zeile, an erster Stelle und für Auswärtige 12 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Mannhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Satzung der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 136.

Mittwoch, den 17. November 1909.

20. Jahrgang.

Bußtag.

Politische Betrachtungen eines besorgten Patrioten.

Niemand, der den heutigen Tag zum Anlaß nimmt, einen Rückblick auf die Spanne der letzten dreihundertfünfundsiebzig Tage zu werfen, kann sich dessen sehr freuen, was in diesem Jahre in Deutschland politisch geworden ist. Mag man rechts oder links stehen, jeder muß zugeben, daß die Kämpfe um die neuen Einnahmequellen des Reiches zu außerst unliebsamen und bedenklichen Erscheinungen geführt haben. Und keiner, der ehrlich ist, wird im stillen Kammerlein seine Partei von aller Schuld freisprechen können.

Wir sind allzumal Sünder. Dieses Wort, das Fürst Bülow als Reichskanzler während der Finanzkämpfe mit einem halben Wächeln zitierte, hat seinen tiefen und ernstesten Sinn für jeden, der gewissenhaft Schuld und Verantwortung zu ergründen sucht. In einer Feindschaft, wie sie so wild seit den Zolltariffkämpfen nicht mehr vorhanden war, stehen sich Rechts und Links gegenüber. Sogar die alten sogenannten Kartellparteien, Rechte und National-liberale, die fast seit der Reichsgründung in schier allen wichtigen Fragen der Politik Schulter an Schulter kämpften, trennt jetzt ein Abgrund, über den Presse und Versammlungsbredner herbe Scheltworte hin und wider rufen. Dinsu kommt, daß weder Zentrum noch Rechte ihres Sieges, der mit dem Sturz des Fürsten Bülow besiegelt werden muß, recht froh werden konnten. Sogar aus dem festgefühten Zentrumsturm sind in Baden einige Steine losgebrochen. Aus der konservativen Partei sind, wenn man dem bangen Naturhaute der konservativen Vereinerung in Bamberg glauben will, Tausende und ganze Vereine ausgetreten. Sogar in einer ländlichen konservativen Hochburg, dem Wahlkreis Landsherg-Soldin, sind die konservativen Stimmen stark zurückgegangen, was beweist, daß es nicht nur eine Folge der neuen Stimmverteilung ist, wenn die Konservativen in Sachsen bei den Landtagswahlen eine schwere Niederlage erlitten haben.

Ebenso wenig vermögen die Liberalen der Folgeerscheinungen der Reichsfinanzreform und des wilden Kampfes zwischen den bürgerlichen Parteien, der ihr so sehr ist, froh zu werden. Was den Konservativen und dem Zentrum an Wählern abgerodet ist, ist nur zu verblüffenden Bruchteilen ihnen zugewachsen. Im allgemeinen sind auch ihre Reihen gelichtet worden. Und fast den ganzen Gewinn an Stimmen hat die Sozialdemokratie eingeheimt. Die Landtagswahlen in Baden und Sachsen, die Landtagswahlen in Preußen, die vier Reichstagswahlen, sie alle ergaben ein starkes Steigen der roten Flut. Das ist die allgemeine politische Situation, wie der erste Bußtag sie ernst aufweist. Wer will sich ihrer freuen?

Schon haben einzelne aus allen Parteilagern den Finger auf die Klassenwunde gelegt. Die Selbstzerfleischung der bürgerlichen Parteien ist es, die das Bild so trüb und schmerzhaft macht, die vor allen Dingen der Sozialdemokratie dienen unvorhofften außerordentlichen Zuwachs gebracht hat. Will man weiter gegen sich wüten, will man immer wieder das ewige Lied von der Reichsfinanzreform und von Schuld und Fehle der Gegner dabei in ewigen Wiederholungen vortragen? Würde es nicht allmählich Zeit, das Vergangene vergangen sein zu lassen und die Augen auf die Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft zu lenken?

Es ist schon aufgefallen, daß man vom neuen Reichskanzler, Herrn von Bethmann Hollweg, so wenig hört. Unverhättnis haben das getadelt. Es war ein konservatives Blatt, das den neuen Herrn hier mit guten Gründen in Schutz nahm. Nicht ein Zeichen der Schwäche sei es, wenn der neue Kanzler sein Werk so tut, daß die Lausenden draußen keine Geräuße seiner Arbeit vernehmen. Nicht die Wahlen, die am lautesten klappern, mahlen das feinste Wehl. Nein: Deutschland dürfe sich freuen, daß sein neuer Kanzler, fern dem Beifalls- oder Ladelärm der Öffentlichkeit, still und ernst sein Lagerwert tue. Denn das sei ein Zeichen ruhiger, in sich selbst sicherer Kraft. Sollt wir nicht hierin ein Vorbild erblicken dürfen? Sollte es nicht an der Zeit sein, daß sich die bürgerlichen Parteien auch wieder dem Tageslärm des unerbittlichen Kampfes mehr entfremdeten und sich den mannigfachen Aufgaben zuwendeten, die vor ihnen liegen? Wir fragen. Und möchten hoffen, daß jeder die ernste Ruhe des Bußtages benutze, um hierüber nachzudenken.

Sonderbare Existenzen.

(Womit man sich in der Seinstadt ernähren kann.)
Die Steinheil-Affäre — Ohne bestimmte Beschäftigung
Am Gitter des Justizpalastes — Geschäftstätigkeit — Der
betrogene Ausländer — Palmsonntag — Glückbringende
Raiblumen — Bei den Hundesherrn — Zigarettenstummel-
Sammler — Im Winter.

Im Paris, im November.
Die jetzt durch den Freispruch beendete Steinheil-Affäre, die seit fast zwei Jahren die öffentliche Meinung beschäftigte, bildete für viele Pariser Straßenlungerer ohne

bestimmte Beschäftigung eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle. Die Deutschen verkaufen sonst Gasenauer, Klagelieder im Bärfellängerton, Postkarten mit Ansichten, zahllose Sonderausgaben von Zeitungen und wer weiß was sonst noch alles. In den Lagen des Prozesses fanden sie trotz Kälte und Nebel mit stolischer Ausdauer oft 18 Stunden lang am Gitter des Justizpalastes, in der meist ganz himmlischen Hoffnung, ihre Blöße gegen eine mehr oder minder hohe Summe an neugierige Millionäre abtreten zu können. Der Markt war aber leider recht flau; als höchste Preise wurden nicht mehr als 50 Francs gezahlt, und der Durchschnittspreis betrug nicht mehr als 20 Francs! Man erzählt wohl von einem Kamelot, der seinen Platz für einen Tausendfrancschein verkauft haben soll, aber die Kameraden dieses Krösus der Straße behaupten, daß der Bursche nur gepöblt habe, um den Reiz seiner Unglücksgefährten zu erregen.

Da also der Platzmarkt ein ziemlich unsicheres Geschäft war, mußte man auf andere Einnahmequellen verfallen; und die Kleinindustriellen, die nie um ein Ausfallmittel verlegen sind, erschienen denn auch eines Morgens mit Feldstühlen, die sie zum Preise von 40 Sous pro Sitzung an elegante Damen aus dem Publikum vermieteten. Heute ist das Vermieten von Feldstühlen für Schwurgerichtssitzungen ein ganz reguläres Geschäft. Die Geschäftstätigkeit der Pariser Kamelots hat sich wieder einmal in der glänzendsten Weise bewährt.

Sehr böse fielen hier und da die Freunde sensationeller Gerichtsverhandlungen herein, die so nahe waren, sich auf das Wort der erwähnten Platzhalter zu verlassen. So erschienen einmal um die Mittagszeit im Justizpalast ein Ausländer und seine Tochter, die tags vorher für zwei vorzügliche Eintrittskarten, die Nummern 2 und 3, hundert Francs bezahlt hatten. Der Verkäufer war, nachdem er die fünf Louis in die Tasche gesteckt hatte, mit auf fallender Eile verschwunden; es fiel ihm gar nicht ein, achtzehn Stunden hindurch vor dem Justizpalast auf die Karten zu warten. Der betrogene Ausländer war furchtbar wütend, nicht nur darüber, daß er sich hatte überböhlen lassen, sondern weit mehr noch darüber, daß die Schutzleute und die Gerichtsdiener auf den „Coupon“, den er ihnen mit tragischen Gebärden vorgezeigt, kaum einen Blick werfen wollten; auf dem merkwürdigen Coupon stand geschrieben: „Zwei Eintrittskarten für den Justizpalast, Schwurgericht, Steinheil-Affäre, Sitzung vom 8. November 1909 — Nummer 2 und 3. Erhalten 100 Francs.“ Darunter stand eine unleserliche Unterschrift. „Die französische Polizei beschlößt nur die Verbrecher“, sagte der Fremde in größter Wut, indem er noch drohend hinzufügte: „Ich werde mich bei meinem Botschafter beschweren.“

Die Kleinindustriellen, die man während des Prozesses vor dem Justizpalast sah, sind Individuen, die alle möglichen Geschäfte treiben und — feins haben. Sie sind es, die am Palmsonntag Buchbaum verkaufen und am 1. Mai „glückbringende“ Raiblumen; man sieht sie bei allen revolutionären Kundgebungen, und sie brüllen dann, indem sie Sträußchen von künstlichen roten Blumen schwingen: „Wer hat noch keine Oedenroße?“ Da sie keine eigene politische Meinung haben, bieten sie mit demselben Enthusiasmus in politischen Verammlungen bald rote Keifen, bald Ginster oder irgend eine andere Blume, die zum Symbol einer Partei geworden ist, zum Kaufe an. Es sind dieselben Leute, die mit zu vermietenden Handwagen, Leitern oder Feldstühlen aufstehen, wenn ein ausländischer Souverän einzieht, ein großes Begräbnis stattfindet oder irgend ein anderes Schauspiel zu sehen ist, mag es sich um einen Maskenzug zur Karnevalszeit oder um eine Kundgebung zu Ehren irgend eines Herrscher handeln. Aber man verkauft nicht das ganze Jahr Buchbaum an der Kirchentür oder glückbringende Raiblumen, und die großen Strahenaufzüge sind auch nicht allzu häufig. Was machen nun diese Individuen, die keinen bestimmten Beruf haben, in der Zwischenzeit, um ihr Leben zu fristen? Sie machen losulagen alles. Im Sommer, besonders zur Zeit der Badereien, verstärken sie die reguläre Armee der Gepäckträger; sie helfen auch den Hundescherrn, die am Ufer der Seine ihre Bette aufgeschlagen haben; sie machen ferner den Zigarettenstummelsammeln Konkurrenz. Um 2 Uhr morgens heifen sie dann den Kellnern beim Ordnen der Tische und Stühle, wofür sie ein paar Pfennige erhalten und manchmal wohl auch ein paar schätzbare Bierreste. Im Winter gestaltet sich das Geschäft schon schwieriger; man ist da meistens mit dem Wegräumen des Schnees beschäftigt, vorausgesetzt, daß reichlich Schnee fällt. Daß die „Verursachen“ sich dabei nicht allzufehr anstrengen, hat man erst im letzten Winter gesehen: sie suchten die Arbeit möglichst in die Länge zu ziehen, da jeder Tag ihnen drei Francs bringt. Das Bagentürenöffner-Geschäft liegt ganz daneben; alle großen Geschäfte, die Theater, die Restaurants und die Kaffeehäuser haben festengagiertes Personal, das die Türen der vorfahrenden Wagen öffnet.

Was werden die Armlen nur nach dem Steinheil-Prozess anfangen? Sie warten ängstlich auf Weihnachten und Neujahr; an diesen Tagen ist noch immer etwas zu verdienen; und dann prophezeit man ja einen harten, schneereichen Winter...

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die Inmediatkommission zur Vorbereitung der preussischen Verwaltungsreform hat ihre zweite Sitzung abgeschlossen. Zunächst sind auf Antrag aus der Mitte der Kommission einige Anregungen beschlossen worden, die in bezug auf Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges über den Rahmen der Geschäftsordnung der Regierung hinaus dem Inmediatbericht über diese Geschäftsordnung eingefügt werden sollen. Sodann wurde dem Vernehmen nach beschlossen, die von dem Minister des Innern vorgeschlagene Bildung von fünf weiteren Kommissionen mit der Aufgabe vorzunehmen, daß die Kommission für Dezentralisation mit der Aufgabe betraut werden soll, bei den Beratungen der Fachkommissionen hervortretende allgemeine Fragen zu erörtern und den Zusammenhang zwischen den Arbeiten der verschiedenen Kommissionen aufrechtzuerhalten. Voraussetzlich werden einige der Kommissionen noch vor Ende des Jahres ihre Arbeiten beginnen können.

* Der frühere Befehlshaber des englischen australischen Geschwaders, Admiral Bowden-Smith, hatte bekanntlich bei einer Rede in einem militärischen Londoner Klub angebliche Äußerungen des Kaisers wiedergegeben. Die Mitteilungen des Admirals gipfelten darin, daß der Kaiser sich zum Prinzen Heinrich über die Bildung der englischen Territorialarmee ausgesprochen haben sollte. Ein deutsches Blatt hatte sich nun direkt an die Adresse des Prinzen Heinrich gewandt, um den wahren Sachverhalt festzustellen. Vom Prinzen Heinrich ist darauf folgendes Antworttelegramm eingelaufen: „Darmstadt, den 14. November. Angaben vollständig aus der Luft gegriffen, sie entbehren jeder Grundlage. Auf Befehl von Uledom. — Man kann jetzt wohl einigermaßen gespannt darauf sein, wie Admiral Sir Bowden-Smith seine ungreifliche „Blauderhaftigkeit“ zu rechtfertigen suchen wird.“

* Das Zentralbureau der Internationalen Union zur Bekämpfung des Duells und zum Schutze der Ehre, dessen Sitz bekanntlich in Budapest ist, wandte sich im Juli dieses Jahres in einem Inmediatgesuch an Kaiser Wilhelm, in dem die Bitte unterbreitet wurde, den Bestrebungen der Liga das allerhöchste Interesse zuwenden zu wollen. Auf diese Eingabe erhielt das obige Bureau jetzt vom deutschen Botschafter in Wien, von Schirich, einen Bescheid, in dem es heißt: „Ich bin vom Herrn Reichskanzler beauftragt, der Union internationale ganz ergebenst mitzuteilen, daß der möglichen Einschränkung des Zweikampfes an Allerhöchster Stelle unangeführt die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird, daß indessen auf die beabsichtigte Bekanntgabe von Urkunden über die in anderen Ländern getroffenen Einrichtungen gegen den Zweikampf mit Dank verachtet wird, da diese Einrichtungen den zuständigen deutschen Stellen bekannt sind.“

* In den Tarifverhandlungen in deutschen Holzgewerbe über die Grundlagen zu den Tarifveränderungen in deutschen Holzgewerbe sind jetzt zwischen den beteiligten Zentralvorständen, dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe, dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Reichs-Landwirtsch. Gewerbeverein und dem christlichen Verband, folgende Vereinbarungen getroffen worden: Die Verhandlungen sollen endlich geführt werden mit der Aufgabe, daß sich die Parteien zu beschließen haben, eine Verständigung ohne die Unterstüzung ihrer Zentralvorstände oder eines Schiedsgerichts herbeizuführen. Ob sich die Notwendigkeit der Bildung eines Schiedsgerichts aus dem Gange der örtlichen Verhandlungen herausstellt, soll abgewartet werden. Die abzuschließenden Verträge sollen drei Jahre Geltung haben und am 15. Februar 1913 ablaufen. Die Verhandlungen sollen gleichmäßig an allen Orten am 18. November beginnen.

* In Karlsruhe fand eine Konferenz zur Besprechung der Arbeitslosenversicherung statt, an der Vertreter der badischer Staatsregierung, sowie die Oberbürgermeister und Bürgermeister einer größeren Zahl badischer Städte teilnahmen. Am Schluß der Beratungen sagte Minister von Bodman das Ergebnis der Konferenz wie folgt zusammen: Die Arbeiter könnten zuversichtlich hoffen, daß die Arbeitslosenversicherung kommen werde; nur sei noch nicht die geeignete Form gefunden. Aber die Arbeiter sollten überzeugt sein, wenn die Versicherung zur Zeit auch auf Widerstand stöße, daß dafür triftige sachliche Gründe vorliegen. Zur Weiterbehandlung der Frage des Ausbaues der Arbeitsnachweise würde eine Kommission eingesetzt werden.

* Einer Meldung aus Essen a. d. Ruhr zufolge wurde der bekannte rheinisch-westfälische Großindustrielle August Thyssen vom Reichsmarineamt nach Berlin berufen, um als Sachverständiger mitzuarbeiten bei den festzusetzenden Maßnahmen zwecks Befestigung der Rißhähne auf den kaiserlichen Werften. Von anderer Seite wird freilich in Abrede gestellt, daß die Berufung vom Reichsmarineamt ausgegangen ist und mit Werkverwaltungs-Reformen zusammenhängt.